



RATSINFO



CDU

FRAKTION IM STADTRAT DER
LANDESHAUPTSTADT DRESDEN

Informationen aus den Sitzungen des Stadtrats vom Mai, Juni und Juli 2015

Liebe Freunde der CDU-Ratsfraktion,

dieses Mal habe ich mich für eine Doppelausgabe der RATSINFO entschieden, da zum einen die kommende Sitzung vor der „Sommerpause“ des Stadtrats wie gehabt als Doppelsitzung stattfinden und es wahrscheinlich eine Menge zu berichten geben wird; zum anderen lieferte die Juni-Sitzung erwartungsgemäß wenige politische Schwergewichtsthemen, sodass sich eine Zusammenfassung der Sitzungen umso mehr angeboten hat.

Aktuelle Stunde: Zukunft Kleingärten & Sozialticket

Städtebauliche Maßnahmen, der „Wissenschaftsstandort Ost“ sowie der nahende Beschluss des Flächennutzungs- bzw. des Landschaftsplans gestalten sich immer wieder zum Problem im Umgang mit den Dresdner Kleingärtner - daher war eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema beantragt. Hier konnte der Vorsitzende des Stadtverbands „Dresdner Gartenfreunde“, Frank Hoffmann, die Ängste und Befürchtungen der Kleingärtner vor Verlust und Vertreibung von ihrer Parzelle zum Ausdruck bringen. Ich sage: Die Belange der Dresdner Kleingärtner sind seit Jahren ein fester Bestandteil unserer CDU-Politik, die Kleingärtner sind auch in unserer Mitgliedschaft fest verankert. Die Kleingartenanlagen in unserer Stadt sind nicht nur ein Garant biologischer Vielfalt im großstädtischen Umfeld, sie haben auch eine wichtige soziale Funktion. Kleingartenvereine haben im Ganzen doch eine sehr wichtige Begegnungs- und Integrationsfunktion über Standes- oder Klassenschranken hinweg. Deshalb sind die Dresdner Kleingärtner auch in Zukunft „unsere Freunde“ - und bei Einzelfallentscheidungen, z.B. bei den hochwasserschutzbedingten Rückbaumaßnahmen, werden wir uns dafür einsetzen, gemeinsam mit Stadt und Freistaat vernünftige Lösungen zu finden.

Kurz vor der Sommerpause war auch das „Sozialticket“ erneut Thema im Stadtrat. Um es vorweg zu nehmen: Rot-Rot-Grün beschloss nun die Verdoppelung der öffentlichen Zuschüsse, was unsere sozialpolitische Sprecherin, Daniela Walter, für blanken Unfug hielt. Denn laut der DVB, die gemeinsam mit der TU Dresden das Nutzungsverhalten des Sozialtickets untersuchten,

nutzen jene finanziell benachteiligten Dresdner, die Interesse an dem Ticket haben, es bereits. Demnach werden keineswegs „mehr Menschen mobil“ - lediglich zahlen die aktuellen Nutzer noch weniger (ca. 50 % des Normalpreises) für das Sozialticket. Aus unserer Sicht ist dies keine zielführende Sozialpolitik. Wenn überhaupt, wäre es sinnvoll gewesen, die Bezuschussung so zu regeln, dass mehr Bevölkerungsgruppen die Leistungen des Tickets hätten in Anspruch nehmen können. Das rot-rot-grüne Verteilungsprinzip, „Mehr soziale Leistung für weniger Menschen“ lehnen wir ab.

„Sport frei“ für Dresden

Nach einiger Wartezeit und vor allem ausführlicher Beratung in den politischen Gremien der Stadt gab der Stadtrat - erfreulicherweise mit großer, durch fast alle Fraktionen getragene, Mehrheit - grünes Licht für den Startschuss einer bemerkenswerten Privatinvestition: Mit dem Verkauf eines Grundstückes in der Friedrichstadt an Investor Uwe Saegeling kann der Bau der "Elbflorenz-Arena", die vorrangig für Ballsportarten genutzt werden soll, mit einer Eigeninvestition in Höhe von 15 Mio. Euro begonnen werden. Die Arena soll Heimstätte für den HCE sowie Spiel- & Trainingsort für weitere Sportarten werden. Der HC Elbflorenz nimmt mit dem privat getragenen Investment seine sportliche und wirtschaftliche Zukunft selbst in die Hand. Diese Verantwortungsbereitschaft und der Mut zum unternehmerischen Risiko verdient Respekt und Unterstützung durch Verwaltung und Politik. Dresden braucht weitere solch mutige Investoren, denn Sport ohne privates Engagement neben Ehrenamt und öffentlicher Hand ist nur schwer denkbar.

RRG beschließt „unfertiges“ Integrationskonzept

Ein interfraktioneller Antrag zur Verbesserung des städtischen „Konzepts zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015-2020)“ - das wäre unser Wunsch gewesen. Denn das Konzept der Stadt war - gleichwohl anerkennenswerterweise eine Menge Arbeit hineingesteckt wurde - an vielen Stellen leider





- 2 -

RATSINFO



nicht über Worthülsen und gut gemeinte Bekenntnisse hinausgekommen. Zudem waren zahlreiche Passagen identifizierbar, die aus unserer Sicht hinter die Qualität des vorherigen Konzeptes von 2009 zurückgefallen waren. Aus diesen Gründen hatte die CDU-Fraktion einen Änderungsantrag zur grundlegenden Überarbeitung des Konzepts eingebracht - denn ablehnen wollten wir es in der Sache freilich nicht.

Doch für ein tatsächliches Gelingen von möglichen Integrationsmaßnahmen sind letztlich eine genauere Definition zum Beispiel von Verantwortlichkeiten und eine solide finanzielle Untersetzung der verschiedenen Maßnahmen unumgänglich. Eine Weiterqualifizierung der guten Ansätze des vorgelegten Integrationskonzepts wäre dem tatsächlichen Erfolg dieser wichtigen Aufgabe zuträglich gewesen. Dies sah Rot-Rot-Grün leider anders. Dort beschloss man, unser Antrag sei rechtspopulistisch, eine Anbiederung an Pegida und ein Feigenblatt für unsere integrationsfeindliche Handlung. Nun gut - da solche Beschimpfungen wohl mittlerweile leider üblich sind, so man sich über manche strittige Themen frei von Tabus und sachlich auseinandersetzen möchte, wurde unser Antrag mit allerhand halbgaren Begründungen abgelehnt - das unfertige Integrationskonzept fand anschließend eine knappe Zustimmung.

Dresdner Bildungswesen trägt Wachstum Rechnung

Zwischen all dem Streit im Dresdner Stadtrat bleibt aber auch zu konstatieren: Der Rat kann sich durchaus auch zusammenraufen. In den vergangenen Sitzungen wurden mehrere millionenschwere Investitionen für Schulbauten bzw. Schulturnhallen (Einrichtung, Neubau, Ersatzneubau) gestemmt - allesamt mit jeweils großer Zustimmung bzw. gar einstimmig.

Ähnlich verhielt es sich mit der Aufnahme neuer Kindertageseinrichtungen in den Kita-Bedarfsplan der Landeshauptstadt. Hier konnten mehrere Einrichtungen v.a. der Freien Träger aufgenommen werden. Da beide Themen, Schule und Kitas, auch laut der aktuellen Kommunalen Bürgerumfrage den Dresdnern besonders wichtig sind, freuen wir uns, hier auch beständig Fortschritte zu erzielen. Dresden bleibt Geburtenhauptstadt - Kitas und Schulen stehen bereit!

Beim Wohnungsbau tut sich RRG (noch) schwer...

Über die Kuriositäten der linken Wohnungspolitik hatten wir in den letzten Monaten ausführlich berichtet. Die Wohnprojekte „Marina Garden“ oder „Am Querweg“ standen exemplarisch für ein Agieren, welches von Seite der linken Stadtratsfraktionen zwar den Wohnungsmangel beschwor und rügte, im Gegenzug aber beständig wichtige Wohnbauprojekte torpedierte - ein Aberwitz.

Ein ähnliches Szenario drohte bei dem Bebauungsplan „Am Lindenberg“ in Weißig. Die Stadträte der Fraktionen von LINKE, SPD und Grünen hatten im Bauausschuss für ein ablehnendes Votum gesorgt - die betroffenen Familien mit Kindern und zum Teil pflegebedürftigen Angehörigen standen vor einem Scherbenhaufen! Über viele Jahre hatten sie Zeit und Geld investiert, um ihr Wunschdomizil zu erschaffen.

Dann aber kam es anders: Manche Räte überlegten vor der Stadtratssitzung anscheinend ganz genau, wie gut es fürs Image sei, erneut auf dem Rücken der Dresdner Häuslebauer ihre zum Teil ideologisch getriebene Verhinderungspolitik auszutragen. Und man erkannte wohl: Die Bürger haben langsam kein Verständnis mehr für die linken Machtspielchen! Die SPD-Fraktion kündigte an, nunmehr zustimmen zu wollen; die grüne Fraktion hatte unterschiedliches Abstimmungsverhalten angezeigt - da sich die CDU-Fraktion stets für Wohnungen schaffendes Engagement einsetzt und auch die FDP zustimmte, sollte dieses Wohn- und Bauprojekt doch noch zu einem guten Ende finden.

Ob es an der bevorstehenden Sommerpause lag oder sich die Zeiten rot-rot-grüner Verblendung tatsächlich beruhigt haben, werden die Monate nach der Sommerpause zeigen. Die jüngsten Entwicklungen im politischen Umgang miteinander lassen zumindest die Gedanken zu, dass RRG wieder etwas geerdet scheint. Momentan laufen Verhandlungen über einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und LINKEN zur Prüfung eines kommunalen Wohnungsbestands. In einer Stadtratssondersitzung am 6. August wird unter anderem auch darüber befunden.

Hoffnungsvolle Grüße und bis zum nächsten Stadtrat
Ihr/Euer Peter Krüger

